

stärkt. Doch diese Ausübung eines demokratischen Rechts werde nun gewaltsam durch das Kriegsrecht unterbunden. Auch die enorme Steigerung des Militärhaushaltes habe indirekt und direkt das Kriegsrecht vorbereitet. Insgesamt müsse der Schritt der Regierung als Zeichen der Schwäche angesehen werden. Es sei „ein verzweifelter Versuch, die wachsende Kraft des Volkswillens nach Befreiung“ zu unterdrücken (NC News Service, 26. 9. 72).

### Spannungen unter Katholiken

In ihrem gemeinsamen *Hirtenwort* brachte die Bischofskonferenz zunächst zum Ausdruck, daß sie „das Recht und die Pflicht der zivilen Autoritäten anerkennen, angemessene Schritte zu unternehmen, um die Souveränität des Staates zu schützen und Frieden und Wohlstand der Nation — innerhalb der Grenzen des Gesetzes — zu garantieren“. Gleichzeitig konstatierten sie die bestehenden „Krankheiten“ der gegenwärtigen philippinischen Gesellschaft und riefen zu einer Prüfung jedes einzelnen auf, inwieweit er mitschuldig an dieser Misere sei. Die Verantwortung für die Krise liege zu einem nicht geringen Teil bei denjenigen Bürgern, „die sich selbst zwar als Christen und Verteidiger der Demokratie ausgeben — besonders politische, wirtschaftliche und religiöse Führungskräfte —, in Wirklichkeit aber keineswegs die soziale Gerechtigkeit unterstützen, sondern im Gegenteil durch ihren Lebensstil Hindernisse für die Moral, Wahrheit und Liebe darstellen“. Zur Zeit des Kriegsrechts sollte bei der Durchführung der Sondergesetze Klugheit walten und die menschliche Würde respektiert werden. Die Katholiken wurden aufgefordert, jeden Mißbrauch seitens der Behörden sofort zu melden (NC News Service, 17. 10. 72).

Schärfer formuliert war der eingangs erwähnte Brief, den Erzbischof *A. Olalia* von Lipa im Namen von 16 Bischöfen und 18 Mitgliedern verschiedener Ordensgemeinschaften an den Präsidenten schrieb. Darin wird erklärt, auch die Unterzeichner setzten sich für eine „Neue Gesellschaft“ ein, doch könnten sie die Methode der Gewalt und die restriktive Art des Kriegsrechts nicht gutheißen. Die Geschichte der Philippinen mache deutlich, daß dauernde Verhaltensänderungen nicht durch Befehl, son-

dern nur durch Überzeugung und gutes Beispiel erreicht werden können, nur durch innere und vom Willen getragene Annahme, nicht durch Furcht und Zwang. Die Bischöfe und Patres erwarten eine baldige Beendigung des Kriegszustandes, faire Prozesse, Entlassung der Unschuldigen und Wiederherstellung der freien Meinungsäußerung. Es sei zu befürchten, daß die momentane Repression zu größeren Schäden führe, als sie vor Beginn des Kriegsrechts vorhanden waren.

Einige Bischöfe sollen sich inzwischen auch an den Vatikan gewandt haben, um ihn erneut auf die dem Ansehen der Kirche schädliche Rolle von Kardinal Santos aufmerksam zu machen und sich gleichzeitig über die Zurückhaltung Roms bei einer Erneuerung der Kirche auf den Philip-

## Chile: eine Situation, die zu denken gibt

Zu einem Zeitpunkt, an dem die bisher schwerste innenpolitische Krise unter der Regierung Allende ihren Höhepunkt erreicht hatte, ist der chilenische Episkopat mit einem mahnenden Aufruf an die Bevölkerung an die Öffentlichkeit getreten. In einem Kommuniqué, das von der Ständigen Kommission der chilenischen Bischofskonferenz am 21. 10. 1972 in Santiago veröffentlicht wurde, setzten sich die Bischöfe für den Fortbestand der verfassungsmäßigen Ordnung und den Gehorsam gegenüber der Obrigkeit ein und riefen die Bevölkerung zur Erhaltung der nationalen Eintracht auf.

### Appell des Kardinals

Dieser Erklärung war am 2. September, lange vor der letzten Zuspitzung der Krise, eine Fernsehansprache des Kardinals *R. Silva Henríquez* vorausgegangen, der alle Christen vor der drohenden Gefahr eines Bürgerkriegs gewarnt hatte. Bisher habe er aus Klugheit geschwiegen, sagte der Kardinal, nun aber, inmitten einer kritischen Situation, wolle er versuchen, die Leidenschaften zu beschwichtigen und das Volk zur Vernunft zu bringen. „Wir wollen das furchtbare Unglück eines Bürgerkriegs vermeiden, mit all seinen Fol-

pinen zu beklagen. In diesem Zusammenhang wurde auf verschiedene Vorgänge der Vergangenheit hingewiesen: auf die Blockierung der Hilfsmaßnahmen für die Ende 1970 von Papst *Paul VI.* in den Slums von Tondo besuchten Filipinos, auf die bis heute nicht bewohnten, vom Papst gestifteten Wohnblocks, auf die Auseinandersetzungen bei den Steyler Patres vor einigen Monaten (sie hatten sich geweigert, einen Seminaristen zu weihen, weil er Marxist sei. Darauf lehnten alle anderen ebenfalls die Weihe ab — und alle wurden geweiht), auf die Entlassung von drei Scheuter Patres aus dem Hauptseminar von Manila durch Kardinal Santos wegen angeblicher unorthodoxer Ansichten mit der Folge, daß fast alle Studenten das Seminar verließen ...

gen, wie Blutvergießen, geteilte Familien, Zerstörung und Hunger“ (NC, 5. 9. 1972). Besonders eindringlich warnte der Kardinal vor der vielfach herrschenden Ansicht, ein Bürgerkrieg würde der jetzigen politischen Krise ein Ende bereiten und klare Fronten schaffen. Der Erzbischof von Santiago warnte ausdrücklich vor der unabsehbaren Gefährdung durch Gewalt und eine bewaffnete Revolution: „Die bewaffnete Revolution schafft neues Unrecht, provoziert die Intervention anderer Nationen und beschneidet die bürgerlichen Freiheiten des einzelnen. Gewalt ist nicht der einzige Weg, ich meine vielmehr, daß sie überhaupt kein Weg ist“ (NC News Service, 5. 9. 72). Abschließend forderte er die Chilenen auf, die nötigen Reformen im Rahmen des Gesetzes und der Demokratie zu verfolgen. Diese Worte, gesprochen im Zusammenhang mit den Demonstrationen und Streiks im August, die zu Zusammenstößen mit der Polizei und zur Ausrufung des Notstandes geführt hatten, erscheinen im Rückblick eher verfrüht, zumal sich die Lage im September wieder beruhigte und erst mit dem am 9. Oktober einsetzenden Streik der Transportunternehmer eine solche Zuspitzung erfuhr, daß erstmalig auch Allende begann, von der Gefahr eines Bürgerkriegs zu sprechen. Die Unzufrieden-

heit, insbesondere der Mittelschicht, mit der schwierigen Wirtschaftssituation Chiles ließen die Ausweitung zu einem Generalstreik zu, der das Land für mehrere Wochen nahezu lahmlegte und schwere finanzielle Verluste mit sich brachte. Am 18. Oktober hatte Präsident Allende die Vertreter aller Glaubensbekenntnisse zu sich berufen, um sie über die innenpolitische Krise zu informieren. Der chilenische Episkopat holte darauf ergänzende Informationen von seiten des Verteidigungsministers Toha, des Justizministeriums sowie der Vertreter verschiedener Parteien ein, auf deren Grundlage am 20. Oktober erneut ein längeres Gespräch mit Allende geführt wurde. Die am folgenden Tag von den Bischöfen veröffentlichte Erklärung stellt das Ergebnis dieses Gesprächs dar. Allende selbst meinte kurz darauf bei einer Pressekonferenz, es habe sich wieder gezeigt, daß das Verhältnis zwischen Kirche und Staat in Chile nicht besser sein könnte. Er habe den kirchlichen Vertretern zugesichert, daß sich alle politischen Entscheidungen im Rahmen der Verfassung halten würden.

### Die Erklärung des chilenischen Episkopats

Die Erklärung der Bischöfe hatte folgenden Wortlaut: „Inmitten der vielfältigen Erklärungen und Aufrufe verschiedener politischer Institutionen und Gremien bitten die chilenischen Bischöfe die Chilenen um Gehör für ihre Stimme, hinter der nur das Evangelium und die Vaterlandsliebe steht. Über die Konflikte in den Gremien hinaus vollzieht sich gegenwärtig eine Konfrontation zwischen großen Teilen der Bevölkerung, die in einen Kampf mit unvorhersehbaren Folgen einmünden könnte oder die Vernichtung und den Ausschluß eines dieser Sektoren zur Folge haben könnte. Es muß alles getan werden, um dies zu vermeiden. Unser Kontakt mit Vertretern aller Richtungen und mit unseren eigenen Gläubigen hat uns zu der Überzeugung gebracht, daß sich eine große Mehrheit des Volkes in folgenden Punkten einig ist:

— daß der *Bestand der Verfassung*, Anerkennung und Gehorsam gegenüber der *legitimen Autorität* und die volle *Gültigkeit des Gesetzes*, vor dem alle gleich sind, erhalten bleiben;

— daß der Veränderungsprozeß weitergehen soll, der darauf zielt, die Armen aus jedweder *Situation der Ungerechtigkeit und des Elends zu befreien* und die *Gleichheit* aller Chilenen untereinander herzustellen und die Mitwirkung aller auf allen Ebenen des Lebens der Gesellschaft zu gewährleisten;

— daß die *Beunruhigung über die wirtschaftliche Lage* des Landes ihren Ausdruck finden muß, die Geldknappheit und Überteuering für alle bewirkt haben, auch wenn diese von einigen Gruppen in größerem oder geringerem Maße noch kompensiert werden konnte, während sie bei vielen anderen die ernste Sorge für die Zukunft aufkommen ließ;

— daß Bedingungen gefunden werden, die den *Frieden* sichern und die *Zusammenarbeit aller Menschen guten Willens* in der Entwicklung, die das Land gegenwärtig durchmacht, ermöglichen;

— daß die *Armee und die Polizei* Respekt und Anerkennung für ihre selbstlose Handlungsweise in der schwierigen gegenwärtigen Situation verdienen;

— daß gefordert wird, daß die nächste *Wahl im März 1973* in einem *demokratischen Klima* und mit der völligen *Meinungsfreiheit*, wie wir sie gewöhnt sind und wie sie politische Richtlinie für die Regierung ist, ablaufen kann“ (Noticias Aliadas, 28. 10. 1972).

Abschließend forderten die Bischöfe die chilenische Regierung auf, eine „friedliche Lösung der gegenwärtigen Krise“ zu finden. Die Christen wurden ermahnt, ein „Zeugnis für den Geist der Verantwortlichkeit und Klugheit, der Konstruktivität und Brüderlichkeit“ zu geben.

Kardinal Silva hat diesem gemeinsamen Kommuniqué der Bischöfe am 29. Oktober nochmals eine eigene Erklärung folgen lassen, in der er in vier Punkten die Bedingungen für die innere Befriedung in Chile nennt: 1. Achtung der legitimen Autorität, 2. Respekt der Wahrheit (und er meinte damit die Freiheit der Presse, über die Verhältnisse zu berichten, so wie sie sind), 3. die Achtung der menschlichen Grundrechte und 4. Toleranz zwischen den politischen Lagern und unter den Bürgern (vgl. den Wortlaut in Nadoc, 8. 11. 72).

### Der wirtschaftliche Hintergrund

Die Tragweite der Intervention der Bischöfe wird deutlich auf dem Hintergrund der wirtschaftlichen und politischen Situation Chiles. Die von den Bischöfen angesprochene Wirtschaftskrise ist gekennzeichnet durch die Symptome der *galoppierenden Inflation*, der Abflachung der Zuwachsraten in der *Industrieproduktion* und des gestörten Gleichgewichts in der *Handelsbilanz*. Während es im ersten Jahr der Regierung Allende gelungen war, die Inflation auf 14% und die Arbeitslosigkeit auf 3,8% einzudämmen sowie einen Produktionszuwachs von 8,5% auf dem Industrie- (und Kupfersektor) zu erreichen, sieht die Bilanz des zweiten Regierungsjahres erheblich schlechter aus. Die *Geldentwertung*, der Allende zu Beginn seiner Amtszeit durch einen allgemeinen Preisstopp entgegengewirkt hatte, erreichte in den ersten neun Monaten dieses Jahres die Rate von 99,8%. Den stärksten Preisauftrieb verzeichneten die *Nahrungsmittel*, bei denen die Jahresrate Anfang September mehr als 120% betrug. So wurde beispielsweise in den letzten Monaten die Milch um 260% teurer, Eier um 300%, Käse um 640% und frisches Gemüse sogar um 1000% (vgl. SZ, 2. 11. 1972). Hier hatte die durch die Lohnerhöhungen im Jahr 1971 gesteigerte Kaufkraft der Massen zu einem Nachfragedruck geführt, dem weder die durch eine überhastete Agrarreform und illegale Landbesetzungen desorganisierte chilenische Landwirtschaft noch erhöhte Lebensmittelimporte nachkommen konnten. Die *Agrarimporte* stiegen von 150 Mill. Dollar im Jahr 1970 auf 350 Mill. Dollar, und die *Devisenreserven*, die im Herbst 1970 noch 350 Mill. Dollar betragen hatten, sind gegenwärtig auf 25 Millionen gesunken. Die Hoffnung, diesen Verlust durch die Verstaatlichung der Kupferminen, deren Produktion 85% des gesamten Exports ausmacht, ausgleichen zu können, hat sich nicht erfüllt. Einmal hatten die Abwanderung qualifizierter Kräfte, das Fehlen von Ersatzteilen und gewisse Symptome der Desorganisation einen Produktionsrückgang zur Folge, zum anderen erlitt Chile durch das *Sinken des Kupferpreises* um 23% nach dem Wahlsieg Allendes einen Einkommensverlust von 200 Mill. Dollar. Zudem bleibt — denkt man an die kürzlich durch die enteignete US-

Gesellschaft Kennecott bei einem französischen Gericht erwirkten Beschlagnahme einer für Frankreich bestimmten Ladung chilenischen Kupfers an Bord des Frachters „Birte Oldendorff“ — zu befürchten, daß Chile in Zukunft noch auf anderem Wege erhebliche Verluste erleiden könnte.

Durch das Sinken der Kupferpreise bei gleichzeitiger Verdopplung der Lebensmittelimporte hatte die *Zahlungsbilanz* Ende 1971 ein *Defizit* von 311 Mill. Dollar aufgewiesen; die Schätzungen für das Defizit des Jahres 1972 liegen zwischen 270 und 400 Mill. Dollar (NZZ, 11. 10. 72). Ausweglos aber wird die wirtschaftliche Lage Chiles durch die *Wirtschaftsblockade* von seiten der USA, deren *Kredite* von 270 Mill. Dollar (August 1970) auf 32 Mill. Dollar gekürzt wurden, und das Ausbleiben multilateraler Finanzhilfe.

### Die innenpolitische Krise

Der Regierung Allende verblieb als Gegenmaßnahme nur die Einstellung der Lebensmittelimporte und die Einführung von *Rationierungsmaßnahmen*. Die nun einsetzende *Verknappung* auch der lebensnotwendigen Waren und die rapide Entwicklung des *Schwarzmarktes* traf am schwersten die Angehörigen der Mittelschicht mit festem Einkommen sowie die Arbeitnehmer der niederen Einkommensgrenze. Immer häufiger war es daher in den letzten Monaten zu Demonstrationen von chilenischen Hausfrauen gekommen, die mit leeren Kochtöpfen und lautem Geklopfer gegen die Lebensmittelrationierung protestiert hatten.

Die wirtschaftliche Lage in Chile war Anfang Oktober derart gespannt, daß sich der am 9. Oktober ausgetretene *Streik der Lastwagenbesitzer*, der die Reaktion auf die von der Regierung geplante Gründung einer staatlichen Transportgesellschaft in der Südprovinz Aysen bildete, in kürzester Zeit zur bisher schwersten innenpolitischen Krise ausweitete. Die Lkw-Fahrer, deren Gewerkschaft ebenso wie der Arbeitgeber-Verband unter christlich-demokratischer Führung steht, solidarisierten sich sofort mit den mittelständischen Unternehmern. Bereits am 13. Oktober schlossen sich die *Einzelhändler*, die erstmalig im August in einen längeren Streik getreten waren, dem Streik an,

was die Ausrufung des *Ausnahmestandes* in der Mehrzahl der chilenischen Provinzen zur Folge hatte. Die Solidarisierung der Ärzte, Rechtsanwälte, Bankangestellten, Ingenieure, der Flugpiloten, der Kapitäne der Handelsschifffahrt und schließlich der Omnibusfahrer, die nacheinander ihre Arbeit niederlegten, ließen aus diesem Streik eine *Revolte des gesamten Mittelstands* werden, die eine Polarisierung der Bevölkerung in zwei Gruppen bewirkte und hinter der das Ziel der Opposition, eine Lähmung der gesamten Wirtschaft und letztlich den Sturz Allendes zu erreichen, sichtbar wurde.

### Allende im Zugriff der Opposition

Aus dem in der ersten Phase beschränkten Konflikt entwickelte sich bald eine *politische Offensive* gegen das Regime der Unidad Popular, zumal es bald nicht mehr um berufsspezifische Forderungen ging, sondern um sehr weitgehende *politische Zugeständnisse*, die die Opposition in den letzten Monaten auf verschiedenste Arten versucht hatte, Allende abzuwingen. Diese Politisierung des Streiks bedeutete aber zugleich eine einseitige Rekrutierung der Streikenden aus Anhängern der Opposition. Die beabsichtigte Lähmung des Landes mißlang, weil sich in allen Berufsgruppen regierungsfreundliche Kollegen fanden, die für die Streikenden einsprangen und den Betrieb aufrechterhielten. 17 000 Freiwillige stellten sich der Regierung zur Verfügung, um die beschlagnahmten Lastwagen zu fahren und die Lebensmittelversorgung der großen Städte aufrechtzuerhalten. Die Regierung selbst ergriff harte Maßnahmen, wie die Verhaftung der Anführer des Streiks, die Verhängung einer nächtlichen Ausgangssperre, die von der Armee kontrolliert wurde, und den Zusammenschluß der 125 privaten Rundfunkstationen zu einer *Senderkette*, die für die Dauer des Streiks nur Musik und Nachrichten der Regierung ausstrahlen sollte. Als einzelne Sender der Opposition aus dieser Regelung ausbrachen, wurden sie für sechs Tage geschlossen. Bei *Straßenunruhen*, die sporadisch auftraten und meist von rechtsstehenden Gruppen provoziert wurden, gab es Verwundete und Verhaftungen, insgesamt aber gelang es

der Armee, die Demonstranten ohne größere Auseinandersetzungen auseinanderzutreiben und die Ordnung aufrechtzuerhalten. In der letzten Oktoberwoche schließlich nahm Allende diese Maßnahmen zurück und versuchte durch Gespräche mit den Streikenden das Ende der Krise herbeizuführen. Zugeständnisse, wie die Entlassung der Streikführer und Rückgabe der Transportmittel, blieben zunächst wirkungslos.

Die Forderungen, die am 21. Oktober der Regierung vorgelegt wurden, enthielten das Hauptanliegen der Opposition, die Forderung einer *Verfassungsreform, durch die jede Verstaatlichung ohne Autorisation des Parlaments untersagt wird* und die das gesamte Regierungsprogramm Allendes in Frage stellt. Allende brach die Verhandlungen daraufhin wieder ab. Das führte zu einem neuen Aufflackern der innenpolitischen Krise und zu Zusammenstößen zwischen rechten und linken Gruppen, die von der Armee erst durch das Auffahren von Panzern beendet werden konnten.

Gleichzeitig griff die Opposition zu einer parlamentarischen Waffe, mit deren Hilfe sie in den letzten Monaten immer wieder Kabinettskrisen und einen allzu häufigen Wechsel im Innenministerium ausgelöst hatte: sie stellte *Mißtrauensanträge* wegen Verfassungsbruchs gegen die Minister *Chonchol* (Landwirtschaft), *Matus* (Wirtschaft), *Palma* (Erziehung) und *Suárez* (Inneres). Hierauf trat das gesamte Kabinett zurück, und Allende stand erneut vor der Schwierigkeit der Neubildung des Kabinetts, die gleichzeitig eine Lösung der innenpolitischen Krise bringen mußte.

### Eine Lösung der Krise?

Wie diese Lösung aussieht, die dem fast einmonatigen Streik ein Ende setzte, der dem Land nach der Schätzung Allendes einen Schaden von rund 400 Mill. DM gebracht hat (SZ, 2. 11. 72), ist mittlerweile allgemein bekannt. Allende nahm die Generäle *Huerta* und *Sepúlveda* in sein Kabinett auf und übertrug das umstrittene *Innenministerium* dem *Oberbefehlshaber der Armee, General C. Prats*. Dieser Schritt bedeutet Allendes Kapitulation gegenüber dem Streik des Mittelstands, dessen er ohne Hilfe der Militärs nicht Herr werden konnte, und gleichzeitig

einen Prestigeverlust der Unidad Popular, die deren Ende einleiten könnte. Es ist der vermutlich letzte Versuch, die *innenpolitische Stabilität* und den sozialen Frieden in Chile bis zu den *Parlamentswahlen im März 1973* zu sichern, bei denen 150 Abgeordnete und die Hälfte der 50 Senatoren neu gewählt werden.

Die von den meisten Beobachtern aufgeworfene Frage, ob die chilenische Armee trotz ihrer Verfassungstreue und der während des Streiks gewährten Neutralität eines Tages die ihr teilweise und vorläufig übertragene Macht voll ergreifen wird, ist zum

gegenwärtigen Zeitpunkt noch schwer zu beantworten. General Prats hat nach der Übernahme des Innenministeriums mehrmals betont, Aufgabe des Militärs sei es nicht, eigenständig Politik zu machen, sondern die Verfassung zu schützen und die öffentliche Ordnung zu wahren. Das Verhalten der Hierarchie, die die doppelte Aufgabe übernommen hat, die Regierung Allende moralisch an die Verfassung zu binden und zugleich zur Beruhigung des politischen Klimas in parteipolitischer Distanz zu mahnen, hat zweifellos wesentlich zur vorläufigen Entschärfung der Krise beigetragen.

17. 10. 72). Auch der bisherige sefardische Oberrabbiner, der über sehr viele Anhänger verfügt, wurde nicht wiedergewählt. So konnte die Abwahl Untermanns eher wie ein Generationenwechsel erscheinen.

### Liberal und vom Militär geprägt

Oberrabbiner Goren weicht vom Typus des herkömmlichen orthodoxen Oberrabbiners erheblich ab: Er ist 56 Jahre alt — also relativ jung — Generalmajor der Reserve, Fallschirmspringer, lange Zeit Oberrabbiner der Armee und zuletzt Oberrabbiner von Tel-Aviv. In der bisherigen Amtsführung des Armeerabbiners machten sich gelegentlich der Wagemut und die Phantasie des Fallschirmspringers bemerkbar. Obgleich die Orthodoxie und Observanz Gorens nie in Frage gestellt werden konnten, gelang es ihm doch, in einigen äußerst kritischen Fällen das *Religionsgesetz* auf eine eher unerwartete Weise anzuwenden und zu zeigen, daß diese Gesetze durchaus Möglichkeiten der Interpretation und Anwendung bieten, welche von der Mehrzahl der orthodoxen Rabbiner nicht wahrgenommen werden. Solche Entscheidungen waren vor allem für die Armee notwendig, als es darum ging, die Forderungen des Religionsgesetzes mit den Erfordernissen des Dienstes in der Armee besonders während des Krieges miteinander zu vereinbaren.

Der Elan Gorens machte sich sehr bald nach seiner Wahl — und noch vor der Amtsübergabe bemerkbar. Noch am Tage seiner Wahl erklärte Goren, er hoffe das Volk, das über viele religiöse Fragen gespalten ist, in Liebe zu vereinen. Er beabsichtige, eine *Versammlung von Oberrabbinern* aus aller Welt nach Jerusalem einzuberufen, um mit ihnen aktuelle Fragen des Religionsgesetzes zu erörtern (Haaretz, 16. 10. 72). Goren sprach nicht von einem *Synedrion*, welches in religionsgesetzlichen Fragen verbindlich entscheiden und mit sehr viel größerer Autorität als eine bloße Rabbinerversammlung handeln könnte. Die Zeit für ein *Synedrion* ist auch nach Gorens Ansicht noch nicht reif. Er ließ aber keinen Zweifel daran, daß er das Jerusalemer Rabbinat zu einem Instrument fortschrittlicher Entscheidungen und zu einem geistlichen Mittelpunkt des religiösen Judentums in der Welt machen möchte.

## Zur Wahl des Oberrabbiners in Israel

Nach jahrelangen Verzögerungen wurden am 11. Oktober d. J. die neuen Oberrabbiner des Staates Israel gewählt: Rabbi *Schelomo Goren* für die aschkenasischen (ost- und westeuropäischen) und Rabbi *Owajda Joseph* für die sefardischen (orientalischen) Juden in Israel. Die Wahl erfolgte durch ein Wahlgremium, in welchem sowohl die Rabbiner als auch die Gemeinden (durch Laien, im besonderen durch eine Anzahl von Bürgermeistern) vertreten sind.

### Ein längst fälliger Akt

Das Amt des Oberrabbiners ist *kein eigentlich geistliches Amt*; das Judentum besitzt seit dem Untergang des Heiligtums keine sakral-hierarchischen Institutionen. Dieses wurde vielmehr noch von der englischen Mandatsregierung eingeführt. Die beiden Oberrabbiner stehen einem Rabbinatsrat vor, und dieser ist das höchste administrative und jurisdiktionelle Gremium der jüdischen Kultusgemeinde in Israel. Er vertritt einerseits die Gemeinde gegenüber der Regierung und verwaltet andererseits die Gemeinden. Kein Rabbiner darf ohne Zustimmung des Rabbinatsrates zu jurisdiktionellen Funktionen ernannt werden. Zugleich fungiert der Rat als Appellationsgericht für die Rabbinatsgerichte. Unter deren Jurisdiktion fallen neben den allgemeinen religionsgesetzlichen Fragen auch alle Entscheidungen über den Personenstand (Eherecht und Erbrecht). Die Zusammensetzung der Rabbinatsgerichte ist daher für das öffentlich-religiöse Leben im Lande,

aber auch für einen bedeutenden Teil der Rechtsprechung von entscheidender Bedeutung.

Der Rabbinatsrat und das Oberrabbinat waren bisher *immer von Repräsentanten der strengsten Orthodoxie besetzt*. Selbst die liberaleren Strömungen innerhalb der Orthodoxie hatten in diesem Rat keinen Vertreter. Die äußerst intransigente Haltung der Rabbinatsgerichte, im besonderen in den Fragen der Zugehörigkeit zum Judentum (vgl. HK, März 1970, 115) und in der Frage der sogenannten „Bastarde“ (das sind Nachkömmlinge aus verbotenen Verbindungen, die zwar untereinander, nicht aber andere Juden heiraten dürfen), welche auf seiten der laizistischen und auch liberalreligiösen Juden größten Unwillen erregt hat und zuletzt die Regierungskoalition in Frage stellte, ist auch auf die Person des bisherigen Oberrabbiners *Untermann* und auf den von ihm dominierten Rabbinatsrat zurückzuführen.

Aus Furcht, daß ein liberalerer Kandidat in dieses Amt gewählt werden könnte, wurden die Wahlen über zwei Jahre hinausgezögert. Der von der Arbeiterpartei und von der nationalreligiösen Partei favorisierte und nun gewählte Rabbi *Goren* wurde auf mancherlei Weise verunglimpft und verleumdet. Auf Drängen bedeutender orthodoxer Gruppen kandidierte bei den letzten Wahlen nun auch noch einmal Rabbi *Untermann* in der Hoffnung, so die Wahl Gorens zu verhindern. *Untermann* unterlag allerdings mit 89 : 57 Stimmen (Jerusalem Post Weekly,